

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex 08 88 846 pobn d

## Inhalt

38. Jahrgang / 56

22. März 1983

Helmut Rothemund MdL, Mitglied des SPD-Vorstandes, kommentiert den "Verzicht" des CSU-Vorsitzenden: Das Ende der Ära Strauß ist eingeläutet. Seite 1

Bruno Friedrich MdEP erinnert an Max Seidel: Ein Leben als Beispiel der Pflichterfüllung für die deutsche Sozialdemokratie. Seite 2

Eugen Glombig MdB weist nach, daß sich der "Konkurs zwischen den Parteien und Verbänden" als Täuschungsmanöver erweist: Blüm hat sein Wahlversprechen nicht gehalten. Seite 4

Klaus Kübler MdB zum Trauerspiel um die Rückzahlbarkeit der Investitionszulage: Fauler Kompromiß. Seite 6

### Dokumentation

Josef Felder zur Schmach des 23. März 1933: Otto Wels antwortet Adolf Hitler. (Teil II und Schluß) Seite 7

### Der "Verzicht"

Das Ende der Ära Strauß ist eingeläutet

Von Dr. Helmut Rothemund MdL  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Der klägliche Versuch von Strauß, seinen sogenannten "Verzicht" auf ein Bonner Ministeramt mit dem Argument zu bemänteln, er wolle keinen CSU-Minister aus dem Amt drängen (und also beispielsweise den Herrn Dollinger schonen), stellt eine Kapitulationserklärung dar. Das Ende der Ära Strauß ist damit endgültig eingeläutet.

In Wahrheit ist der letzte Marsch von Strauß auf Bonn von Kohl und Genscher in wenigen Tagen gestoppt worden. Zu befürchten ist zwar, daß Strauß einen Teil seiner reaktionären politischen Vorstellungen in die Bonner Politik einspeisen konnte, gleichzeitig besteht jedoch die Hoffnung, daß die Strauß-Linie ebenso wenig von Dauer ist wie sein Stehvermögen beim Versuch, in Bonn einen wichtigen Ministerposten zu bekommen.

Für Bayern ergibt sich die unerfreuliche Konsequenz, einen verbitterten Ministerpräsidenten behalten zu müssen, der unter weitgehendem Verzicht auf landespolitische Aktivitäten die Bonner Politik fernzusteuern versucht. Ein Ministerpräsident, der viel lieber ein Ministeramt in Bonn bekleiden würde, sollte sich überlegen, ob er seinen ungeliebten Stuhl in München nicht räumen sollte.

(-/22.3.1983/ks/ca)

+ + +



Die SPD trauert um Max Seidel  
-----

Ein Leben als Beispiel der Pflichterfüllung für die deutsche Sozialdemokratie

Von Bruno Friedrich MdEP  
Vorsitzender des SPD-Bezirktes Franken  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Die fränkischen Sozialdemokraten trauern um Max Seidel, ihrem langjährigen Vorsitzenden, die SPD trauert um den Vorsitzenden der Kontrollkommission und früheren Vorsitzenden des Parteirates.

Der so plötzliche Tod Max Seidels ist eine schmerzliche Nachricht für die deutsche Sozialdemokratie. Denn sein Leben als Beispiel sozialdemokratischer Pflichterfüllung konnte sowohl als politische und als charakterliche Orientierung gelten. Die SPD wird ärmer, weil sie einen aus jener Generation verliert, für die das Leben im Dienste einer politischen Idee für Identität von Tun, politischer Heimat und menschlich-moralischer Zuverlässigkeit wurde.

Max Seidel wurde 1906 geboren in Breslau, der Stadt, in der, noch immer Lasalles Grabstätte liegt. Er blieb immer Breslauer, stimmte aus Überzeugung für den Warschauer Vertrag und hatte die Fähigkeit, Franken als seine zweite Heimat zu bejahen.

Heimat war für Max Seidel von Kindheit an, keine einfache, keine geschenkte Sache. Vom 10. bis zum 14. Lebensjahr war er im Waisenhaus in Breslau. Volksschule, Schreinerlehre, dann schon die Orientierung fürs Leben: die Arbeiter-Wirtschaftsschule in Peterswaldau.

Die SPD als Familie blieb im kein hohles Wort.

Der aus dem Waisenhaus zur Sozialistischen Arbeiter Jugend (SAJ) kommende Max Seidel hatte "seine Familie", die Fritz Ohligs. Ohlig wurde in Berlin Mitte der Zwanziger Jahre der erste SAJ-Sekretär. Die Tochter Fritz Ohligs, Helmut Schmidts langjährige Sekretärin, Lilo Schmarsow, hat noch eine lebhaftige Erinnerung, an den stillen, ernsten jungen Max Seidel, den Doppelwaisen, für den Ohligs Familie und die SPD 1921 zur ersten wirklich erlebten Familie wurde.

SPD als Familie? Das war weit mehr als Heimat.



Max Seidel engagierte sich in der SPD als Kulturbewegung.

1930 bis 1933 war er Sekretär der SAJ in Mittelschlesien. Die Prüfungen kamen rasch. 1934 und 1939 holte die Gestapo den unbeirrten Sozialdemokraten zweimal in Haft.

Krieg als Soldat von 1940 bis 1945. Max Seidel beginnt ein neues Leben, zunächst als Schreiner in Nürnberg und macht weiter, seiner inneren Berufung folgend: 1947 SPD-Sekretär in Fürth, wird 1949 Bezirkssekretär der fränkischen SPD, die ihn 1953 bis 1972 in den Bundestag entsendet, von 1958 bis 1970 zu ihrem Vorsitzenden wählt. Max Seidel hat sich nie nach vorn gedrängt, die SPD hat sein Dienen immer wieder gebraucht.

Von 1965 bis 1970 war er Vorsitzender des Parteirates.

Seit 1970 Mitglied der Kontrollkommission, seit 1979 war er ihr Vorsitzender.

Er ging nie aufs Altenteil. Weil Fürths SPD ihn brauchte, übernahm er von 1973 bis 1975, nochmals den Kreisvorsitz.

Unter allem was Max Seidel geleistet hat, gibt es einen herausragenden Höhepunkt, der symbolisch für sein Leben ist: Er ist einer der Parteitagspräsidenten des Godesberger Programms. Er hinterläßt eine herausragende Leistung. Unter allen Gebieten Deutschlands und Bayerns, war Unterfranken tiefste Diaspora der SPD. Dies hat Max Seidel, der Parteisekretär, im besten, im dienenden Sinne des Wortes, nach Godesberg, durch eine Organisationsreform geändert. Heute sind neben der Traditionsstadt Schweinfurt, die Städte Würzburg, Aschaffenburg, Kitzingen, Karlsstadt, sozialdemokratisch regierte Städte: Max Seidels bleibender Beitrag zur Geschichte der fränkischen SPD. Er hat Programm und Organisation als Einheit verstanden und Propaganda-Schnellschüsse waren ihm zuwider.

Sein Urteil war klar, schlüssig, zuverlässig, wie sein Charakter. Wer sich seines Rates, den er nie aufdrängte, zu versichern wußte, hatte einen zuverlässigen Freund. Einen solchen Freund und Menschen zu verlieren ist schmerzlich, für den einzelnen, für alle Sozialdemokraten. Die SPD trauert. (-/22.3.1983/ks/ca)

+ + +



Blüm hat sein Wahlversprechen nicht gehalten

---

Der "Konsens zwischen den Parteien und Verbänden" erweist sich  
nachträglich als Täuschungsmanöver

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Je mehr sich der Schleier lüftet, der über den sozialpolitischen Plänen von CDU, CSU und FDP liegt, desto deutlicher wird, daß es dabei vor allem einen großen Verlierer gegeben hat: Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm.

Vor dem 6. März hat Dr. Blüm seine sozialpolitische "Atempause" und die kurzfristig übers Knie gebrochene Sparaktion des "Haushaltsbegleitgesetzes 1983" damit gerechtfertigt, daß man die große Aufgabe der Konsolidierung der sozialen Sicherung erst nach Abkühlung des Wahlkampf fiebers in Angriff nehmen könne. Man brauche Zeit, Ruhe und vor allem einen breiten gesellschaftlichen Dialog, um die notwendige Anpassung der Sozialpolitik an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen zugleich mit einem systematischen Reformansatz zu verbinden und das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu wahren. Kurz nach seiner Ernennung zum Bundesarbeitsminister sagte Dr. Blüm: "Ich habe etwas gegen das kopflose Einsammeln von Geldern. Beim Sparen muß die Perspektive deutlich sein. Wir wollen nicht einfach Geld sammeln, wo es am leichtesten ist."

Soweit hatte Herr Blüm recht. Aber was ist nach der Wahl aus den Koalitionsgesprächen zwischen CDU, CSU und FDP herausgekommen? Genau jenes "kopflose Einsammeln von Geldern", gegen das sich der Arbeitsminister wehren wollte. Vor der Wahl hieß es: "Deshalb ist die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung weder ein Verschiebebahnhof noch eine Veranstaltung von Buchhaltern. Diese Sozialpolitik ist prinzipiell und nennt die Kriterien, an der sie sich messen läßt." Nach der Wahl wird wieder nur nach dem Zufallsprinzip dort herumgeschnippelt, wo man am leichtesten einen Zipfel des sozialen Netzes zu fassen bekommt.

Ich möchte nicht behaupten, daß der Arbeitsminister das so gewollt hat. Vermutlich ist er mehr oder weniger von seinen Ministerkollegen Stoltenberg und Graf Lambsdorff unter Druck gesetzt worden. Gleichwohl hat Dr. Blüm seine schwere Niederlage mit



verursacht und muß sie auch verantworten: Im Wahlkampf hat er versprochen, die notwendigen sozialpolitischen Entscheidungen erst nach einem allgemeinen gesellschaftlichen Dialog über die Reform der sozialen Sicherung zu treffen. Damals sprach er von einem "Konsens in den Prinzipien zwischen den Parteien und Verbänden". Das war am 11. Januar. Nach der Wahl war dieses Angebot vergessen; weder Gewerkschaften noch Opposition wurden zu einer grundsätzlichen Aussprache eingeladen. Kein Wunder, daß der Arbeitsminister, ohne jede Rückendeckung, hinter den verschlossenen Türen in den Koalitionsverhandlungen keinerlei Chance hatte, sich gegenüber den Wirtschaftsliberalen und dem konservativen Flügel seiner Partei durchzusetzen.

Hätte der Arbeitsminister seine eigenen Wahlkampfversprechen ernster genommen, wäre ihm diese Niederlage vielleicht erspart geblieben. Es bleibt dabei: Zu dem verhängnisvollen Weg einer immer weitergehenden sozialen Demontage gibt es nur eine Alternative, nämlich eine Gesamtreform der sozialen Sicherungssysteme, und zwar unter Einschluß sämtlicher Teilbereiche, also nicht mit einer Schlagseite zu Lasten der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Eine so verstandene Sozialreform ist aber nur möglich, wenn es gelingt, über die Parteigrenzen hinweg zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen und die damit notwendigerweise auch verbundenen schmerzhaften Eingriffe aus der Polemik herauszuhalten.

Die SPD ist nach wie vor bereit, auch als Opposition konstruktiv an einer Sozialreform mitzuarbeiten. Wenn der Bundesarbeitsminister glaubt, weiterhin die Opposition links liegen lassen zu können, darf man ihm schon heute eines prophezeien: Er wird vollkommen außerstande sein, die vielleicht von ihm selbst gewünschte "prinzipielle Sozialpolitik" zu betreiben, die sich an sozialen Grundsätzen orientiert; stattdessen wird er sich immer wieder zum ausführenden Organ wirtschaftsliberaler, fiskalistischer und antisozialstaatlicher Politik degradiert sehen.

(-/22.3.1983/ks/ca)

+ + +



Fauler Kompromiß  
-----

Trauerspiel um die Rückzahlbarkeit der Investitionszulage

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Es heißt, die rechts-liberale Koalition aus CDU, CSU und FDP habe sich auf die Grundzüge der Haushalts- und Finanzpolitik verständigt. Aber es heißt auch, über die zwischen den Koalitionären strittige Frage der Rückzahlbarkeit der Investitionshilfeabgabe müsse noch ein Kompromiß gefunden werden.

Die Wähler des 6. März erinnern sich noch sehr gut daran, wie kurz vor dem Wahltermin die CDU/CSU in ihr Wahlprogramm die Rückzahlbarkeit der Investitionszulage aufgenommen hat, wissend, daß die FDP, mit der sie erklärterweise nach der Wahl wieder zusammen gehen wollte, dagegen sei.

Jeder Kompromiß wäre ein Wählerbetrug der CDU/CSU. Denn CDU und CSU wollten mit dieser Aussage vor dem Wahltermin Wähler für sich gewinnen, denen im Übrigen das Sparkonzept der CDU/CSU und FDP sozial zu unausgewogen war.

Außerdem zeigt der Streit um diese Frage erneut, wie wenig sozial ausgewogen CDU, CSU und FDP, die neuen rechts-liberalen Koalitionäre, Sparpolitik betreiben. Es ist schon eine Zumutung für Rentner, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Zivilbehinderte und Schüler, bei denen erneut stark eingespart werden soll, wenn die neuen Koalitionäre glauben, sich leisten zu können, über diese Frage überhaupt noch zu streiten und faule Kompromisse zu suchen. Drastische Streichungen bei Rentnern, Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten, Zivilbehinderten, Schülern werden in ein bis zwei Tagen in Koalitionsverhandlungen abgehakt, über die Rückzahlbarkeit der Investitionszulage streitet man sich wochenlang. Die neue Koalition zeigt Stärke gegenüber den Benachteiligten unserer Gesellschaft, Schwächen gegenüber den Starken unserer Gesellschaft. Wen wundert das eigentlich? Es zeigt überdeutlich: Die neue rechts-liberale Koalition vertritt nicht die Interessen der Rentner, Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten, Zivilbehinderten und Schüler, sondern nur einer bestimmten Einkommensgruppe. Der Streit um die Rückzahlbarkeit der Investitionszulage ist ein Trauerspiel für unseren Sozialstaat, den zu erfüllen auch die neue Koalition verfassungsrechtlich verpflichtet ist.

(-/22.3.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, Josef Felder, hat auf der Gedenkveranstaltung der SPD im Berliner Reichstag aus Anlaß des Nein der Sozialdemokratie zum Ermächtigungsgesetz vor 50 Jahren folgende Ansprache gehalten (Teil II und Schluß):

Die Schmach des 23. März 1933

-----  
Otto Wels antwortet Adolf Hitler

Um 18.16 Uhr eröffnete Göring die Sitzung zur Aussprache über die Regierungserklärung. Er erteilte sofort das Wort dem SPD-Abgeordneten Otto Wels, der in sichtlicher Gelassenheit das Rednerpult neben Hitler betrat und die Erklärung der SPD mit erhobener Stimme verlas.

Otto Wels stellte zunächst die Politik der Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit gegen die Anwürfe Hitlers klar, um dann mit Nachdruck zu betonen:

"Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Aus den neuen Verfolgungen kann die Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekenntum, ihre ungebrochene Zuversicht - (Lachen bei den Nationalsozialisten, Bravo bei der SPD) verbürgen eine hellere Zukunft."

Die bürgerlichen Parteien hörten die Ausführungen von Otto Wels, die etwa zwölfmal von Zustimmungsrufen und Beifall der SPD begleitet waren, ruhig an, während die Nationalsozialisten wiederholt in Lachen ausbrachen. Die Reaktion Hitlers war außerordentlich. Er erhob sich mehrmals halb von seinem Sitz, zeigte sich sehr erregt und begann mit der Niederschrift von Notizen. Sofort nach Wels trat er an das Rednerpult, um nun mit theatralischer Geste und unter dem dröhnenden Beifall seiner Fraktion zu zitieren: "Spät kommt ihr, doch ihr kommt!" Dann ging es los: Verleumdung um Verleumdung gegen die Sozialdemokratie und eine ebenso plastische wie verlogene Schilderung der Leiden, die "Er" und seine Bewegung unter dem "System Weimar" angeblich zu erdulden hatten. Die "SA-Gäste" neben den Sitzen der SPD fleberten förmlich vor Wut. Mit dem Blick auf die Logen winkte ihnen mehrmals Göring "beruhigend" zu: "Die Abrechnung ist Sache des Führers!" Hitler, zur SPD gewandt: "Ich will gar nicht, daß Sie für das Gesetz stimmen. Deutschland muß frei werden ohne Sie!"

Nun folgte die Kapitulation der Bürgerlichen. Für das Zentrum erklärte Prälat Dr. Kaas, seine Partei reiche allen ehemaligen Gegnern die Hand, "um das nationale Rettungswerk zu sichern" und stelle deshalb alle wesentlichen Bedenken gegen das Ermächtigungsgesetz zurück. Die Bayerische Volkspartei sorgte für Überraschung. Nicht mehr ihr langjähriger Fraktionsvorsitzender, der Domdekan Leicht aus Bamberg, sondern der Militär-Max-Joseph-Ordensritter und Kriegsbeschädigte Ritter von Lex aus Rosenheim ging ans Pult. Auf diese Weise sollte die Bereitschaft der Partei zur Mitarbeit und ihre nationale Haltung besonders hervorgehoben werden. Ein Mitglied ihrer



Reichstagsfraktion, der Volkspartei-Abgeordnete Graf von Quadt zu Wykradt und Jsny, war ja inzwischen schon Mitglied des bayerischen Nazi-Kabinetts geworden. Die Bayerische Volkspartei bedauerte, daß die "Grundrechte eines christlichen und nationalen Staates im Wortlaut des Gesetzes nicht ausdrücklich gewährleistet wurden. Die Ausführungen des Kanzlers hätten jedoch bestehende Bedenken gemildert. Deshalb stimme die Volkspartei zu.

Für die Fünf-Mann-Fraktion der Staatspartei verkündete Dr. Maier (Württemberg) ein Ja "trotz aller Besorgnis". Professor Heuß, der ablehnen wollte, beugte sich dem Willen seiner vier Kollegen. Ihm folgte der "Evangelische Volksdienst" des Abgeordneten Sumpfendorfer. Für die Deutschnationalen und einige Splittergruppen war alles klar. Als Steigbügelhalter der Nazis hatten sie ja (mit verdecktem Endziel) diese Entwicklung gewollt. Sie glaubten, über Hugenberg abgesichert zu sein und mitregieren zu können.

Präsident Göring ließ, mit herrischer Geste, nun alle drei Lesungen der Gesetzesvorlage im Schnellverfahren passieren, erklärte "alle Artikel mit Einleitung und Überschrift" für angenommen und schritt zu der von der SPD geforderten namentlichen Schlußabstimmung. Kurz zuvor eröffnete er dem Sozialdemokraten Paul Löbe, "es wäre zweckmäßig, wenn Ihre Leute nachher noch im Saale bleiben. Draußen ist eine große Volksbewegung, die auf den Führer wartet". Im Flüsterton ging der dringende Rat Wilhelm Hoegnens durch die Reihen der SPD: "Sofort mit allen anderen Abgeordneten hinaus, sonst haben sie uns auf dem Servierteller!"

Mit feierlichem Pathos gibt Göring das Ergebnis der Schlußabstimmung bekannt: Mit 444 gegen 94 Stimmen ist das Ermächtigungsgesetz mit der 'verfassungsmäßigen Mehrheit' angenommen. Der Deutsche Reichstag des neuen nationalen Deutschlands hat in effektiver Arbeit in wenigen Stunden eine Leistung vollbracht, zu der er früher in Jahren nicht instande gewesen wäre."

Die Nationalsozialisten brechen nach diesen ebenso verlogenen wie anmaßenden Sätzen des Präsidenten in stürmische Heilrufe aus, stimmen die Deutschland-Hymne und dann die erste Strophe des Horst-Wessel-Liedes an. Um 7 Uhr 52 des 23. März 1933 ist leider zur Tatsache geworden:

Der Deutsche Reichstag hat sich mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien selbst entmündigt!  
(-/22.3.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

